DIE REKRUTIERUNG VON AUSLÄNDISCHEN ARBEITSKRÄFTEN FÜR DAS DRITTE REICH

Hausarbeit für das Hauptseminar

„Zwangsarbeit im NS- Staat“

Leitung: Prof. Wolfgang Benz

vorgelegt von

Alexander Meilutat

SS 1999

INHALTSVERZEICHNIS

1. Einleitung 1

2. Vom Mangel an Arbeit zum Mangel an Arbeitern 1

3. Die Rekrutierung von ausländischen Arbeitskräften für das Dritte Reich

3.1 Der Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft und Rüstungsindustrie 4

3.2 Das NS- Regime und die drei Möglichkeiten, dem Mangel an Arbeitskräften zu begegnen 5

3.3 Die Rekrutierung von Ausländern am Beispiel des Protektorats Böhmen und Mähren 7

4. Der Überfall auf Polen und der „eigentliche“ Beginn der NS- Zwangsarbeit 9

5. Ende und Ausblick 10

6. Literaturverzeichnis 12

1. EINLEITUNG

Das Thema der Hausarbeit „Rekrutierung von ausländischen Arbeitskräften für das Dritte Reich“ ergab sich aus dem Hauptseminar „Zwangsarbeit im NS- Staat“ im SS 1999 unter der Leitung von Prof. Wolfgang Benz. Das Thema weckte bei mir reges Interesse, weil es die Rekrutierung von Ausländern vor Beginn des Krieges behandelt und nicht die „eigentliche“ Zwangsarbeit ab Kriegsbeginn. Für die Zeit zwischen 1935/36, dem Beginn der Kriegsvorbereitungen und 1939 stehen nur sehr wenige fachwissenschaftliche Beiträge zur Verfügung (zumindestens was die Rekrutierung von Ausländern für den Arbeitsdienst im Reich betrifft). Intensiver beschäftigt sich die Geschichtswissenschaft hingegen mit der Zeit ab dem Polenfeldzug und dem damit verbundenen „eigentlichen“ Beginn der NS- Zwangsarbeit. Das Mißverhältins und mein geringer Kenntnisstand über das Thema bewog mich, mich intensiv mit der Rekrutierung von Ausländern für das Dritte Reich vor 1939 zu beschäftigen.

Bis 1939 stellten ca. 500.000 Ausländer, vor allem Polen und Tschechen, ihre Arbeitskraft in den Dienst der deutschen Landwirtschaft sowie Metall- und Bauindustrie. Fast ½ Million ausländische Arbeitskräfte bis Kriegsbeginn im Deutschen Reich ist zudem Grund genug, sich mit dem Thema im Rahmen einer Hauptseminarsarbeit auseinanderzusetzen.

Im Anschluß an die Einführung folgt das Kapitel „Vom Mangel an Arbeit zum Mangel an Arbeitern“. Es thematisiert die Weltwirtschaftkrise bis hin zum Umkippen des Arbeitsmarktes 1936/37. Das dritte Kapitel „Die Rekrutierung von ausländischen Arbeitskräften für das Dritte Reich“ bildet den Schwerpunkt der Arbeit. In diesem erhält der Leser Informationen über den Mangel an Arbeitern in der Landwirtschaft und Rüstungsindustrie sowie über die Möglichkeiten des Regimes, dem Engpaß an Arbeitern in der Wirtschaft entgegenzuwirken. Außerdem skizziert es das Pro und Contra den Einsatz von Ausländern im Dritten Reich sowie die Rekrutierung von Ausländern am Beispiel des Protektorats Böhmen und Mähren. Das vierte Kapitel bespricht den Übergang von der Ausländerrekrutierung zur „eigentlichen“ Zwangsarbeit im September 1939. Das Kapitel „Ende und Ausblick“ rundet die Arbeit ab.

2. VOM MANGEL AN ARBEIT ZUM MANGEL AN ARBEITERN

Ein Mangel an Arbeit herrschte zu Zeiten der Weltwirtschaftskrise. Ab September 1929 stieg die Zahl der Arbeitslosen sprunghaft an, von September 1929 bis September 1931 von 1,6 Millionen auf 4,3 Millionen. Im Jahr 1933 wurden 6 Millionen überschritten.

Die Weltwirtschaftskrise war bedingt durch den „Schwarzen Freitag“, dem Börsenkrach am 25. Oktober 1929. Die Folge war, daß die amerikanische Regierung ihre Kredite kurzfristig abzog, auf denen der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas beruhte. In Deutschland führte das zu katastrophalen Verhältnissen.[1] Neben 6 Millionen Arbeitslosen bedeutete die Krise bittere Armut, täglicher Kampf um die nackte Existenz, materielle Not, Hoffnungslosigkeit und Verbitterung.

Die Gegner der Republik und des parlamentarischen Systems nutzten die Katastrophenstimmung und betrieben Propaganda gegen die vermeintlichen Verantwortlichen, Regierung, Parlament und Weimarer Parteien, denen sie vorwarfen, völlig versagt zu haben. In den Folgemonaten erhielten die extremen Parteien einen riesigen Wählerzustrom, da das Volk die Hoffnung in die Republik verloren hatte. Bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 erhöhten die Nationalsozialisten ihren Anteil an Reichstagsmandaten von 12 auf 107. Reichskanzler von Papens „Preußenschlag“ machte die Abkehr von der Verfassung deutlich. Mit seinem Intrigenspiel und der eklatanten Fehleinschätzung Hitlers, öffnete er der NSDAP und ihrem Führer das Tor zur Macht. Papen erreichte, daß Hindenburg seine Bedenken gegenüber Hitler überwand und ihn schließlich am 30.1.1933 zum Reichskanzler ernannte.[2]

Ein vorrangiges Ziel der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik war es, rasch Arbeitsplätze zu schaffen, um die Zahl der Arbeitslosen drastisch zu verringern und die wirtschaftliche und finanzielle Not zu beseitigen. Das Ziel wurde u.a. durch folgende Maßnahmen erreicht:

- Reichsarbeitsdienst (RAD),
- allgemeine Wehrpflicht,
- Staatsaufträge (Bau von Autobahnen, Kasernen, Parteigebäuden, Flugplätzen, Versorgungseinrichtungen, Denkmälern),
- Stärkung und Ausbau des Transportwesens,
- Förderung der Autoindustrie (durch z.B. Anhebung der KfZ- Steuer),
- finanzielle Unterstützung und steuerliche Begünstigungen bei Unternehmensinvestitionen,

[1] vgl. Müller, H., Deutsche Geschichte in Schlaglichtern, Mannheim 1990, S. 251.
[2] vgl. Göbel, W., Abiturwissen. Das Dritte Reich, Stuttgart 1985, S. 13.

- privater Wohnungsbau,
- Propagierung der Rolle der Frau als Mutter.[3]

Mit der Jahreswende 1935/36 begannen die Vorbereitungen, die sog. „Wehrhaftmachung“, für den Zweiten Weltkrieg. Sie sollten 1938 abgeschlossen sein und wurden geregelt durch den Vierjahresplan, zu dessen Bevollmächtigter Herrmann Göring 1936 ernannt wurde. Der Rüstungswirtschaft hatten sich jetzt alle anderen wirtschaftlichen Bereiche unterzuordnen. Er bedeutete weiter:

- Reduktion des Imports von Gütern, die auch in Deutschland hergestellt werden konnten → Einsparung von Devisen → Ausgabe der Devisen für rüstungstechnisch absolut notwendige Rohstoffimporte,
- Ausbau der Brennstoff- und Treibstoffindustrie,
- Förderung von Rohstoffen ohne Rücksicht auf Kosten,
- Erhöhung der deutschen Erzförderung,
- Förderung und Prämierung von Forschung und Erfindung, um auf diese Weise entweder unabhängig oder einen technischen Vorsprung zu erreichen.[4]

Mit Beginn der Kriegsvorbereitungen 1935/36 kippte der Arbeitsmarkt. Mit der „Wehrhaftmachung“ fand ein Übergang vom Arbeitsmangel zum Arbeitermangel statt. Im Jahr 1933 hatten noch 6 Millionen Deutsche keine Arbeit. Nach der Machtergreifung Adolf Hitlers reduzierte sich die Arbeitslosenzahl erheblich; die Jahre zwischen 1935/36 und Kriegsbeginn waren gekennzeichnet durch einen Überschuß an Arbeit und dem damit verbundenen massiven Mangel an Arbeitskräften. Erhebliche Mangelerscheinungen gab es vor allem in der Landwirtschaft und in der Industrie. Das Regime versuchte dem Arbeitermangel mit einer steigenden Flut von Verordnungen, Reglementierungen und Gesetzen zu begegnen; doch das Problem löste sich nicht, im Gegenteil, der Rohstoffmangel, die Devisenknappheit und der Arbeitermangel bedrohten fortan die rüstungswirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen.[5]

---

[3] vgl. Göbel, Abiturwissen, S. 74.

[4] vgl. Göbel, Abiturwissen, S. 75 f.

[5] vgl. Herbert, U., Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reichs, Berlin 1986, S. 43.

3. Die Rekrutierung von ausländischen Arbeitskräften für das Dritte Reich

3.1 Der Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft und Rüstungsindustrie

In der Landwirtschaft war der Mangel an Arbeitern besonders groß. Auf der ersten Sitzung des Reichsverteidigungsrates im November 1938 sagte Herrman Göring:

„Wenn ich die Landwirtschaft ansehe, so fehlt es hier an Menschen. Die Landarbeiter sind abgezogen. Hier spielen bessere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen eine große Rolle. Die kleineren Betriebe kommen fast zum Erliegen und zum Zusammenbruch ... kurzum: Der Mangel an Landarbeitern stellt die deutsche Ernährung in Gefahr.“[6]

Wie dem Zitat zu entnehmen ist, stellte der Mangel an Landarbeitern die Versorgung der Reichsbürger mit landwirtschaftlichen Gütern in Gefahr. Zwischen 1933 und 1938 sank die Anzahl der Arbeitskräfte auf dem Land um fast eine halbe Million (16%). Während der Mobilmachung lag der Bedarf an Arbeitskräften auf dem Land bei einer Viertelmillion. Die Folge war, daß das Dritte Reich verstärkt Agrarprodukte importieren mußte. Ab 1936 bis Kriegsausbruch machten die Agrarimporte etwa 40% aller Einfuhren aus.[7] Mason resümierte: „In der Landwirtschaft stand die Reichsregierung schon 1938 objektiv vor Toresschluß.“[8]

In der Rüstungsindustrie reagierten die Arbeitgeber mit der Verstärkung der Belegschaft. Innerhalb von sechs Jahren verdreifachte sich vielerorts die Anzahl der Beschäftigten. Alledings konnte man dem massiven Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, die hochentwickelten Produktionsverfahren erforderten diese, nicht begegnen. Kurzfristige Anlernmaßnahmen konnten den Anteil an Facharbeitern nur gering erhöhen. Mit der Intensivierung der Kriegsvorbereitungen verschärfte sich die Situation des Mangels an Arbeitskräften erheblich.

Die Tabelle auf der folgenden Seite zeigt die Abwanderung von Arbeitskräften in die Industrie und die Zunahme der Beschäftigtenzahlen in wehrwirtschaftlich relevanten Branchen:

---

[6] Mason, T. W., Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen 1977, S. 908f.

[7] vgl. Herbert, Fremdarbeiter, S. 43.

[8] Mason, T. W., Sozialpolitik, S. 226.

Tab.1[9]

Der NS- Regierung blieben während der Rüstungskonjunktur drei Auswege aus der schwierigen wirtschaftlichen Situation:

a). Intensivierung und Effektivierung der Arbeit

b) Frauenarbeit

c) Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte[10]

Der folgende Abschnitt berichtet davon.

3.2 Das NS- Regime und die drei Möglichkeiten, dem Mangel an Arbeitskräften zu begegnen:

Zu a) Intensivierung und Effektivierung der Arbeit

Zu Beginn der Kriegsvorbereitungen versuchte das NS- Regime die Arbeit durch gesetzliche Maßnahmen zu intensivieren. So ordnete es die Versetzung von Arbeitern aus weniger kriegswichtigen in kriegswichtige Branchen an. Außerdem erhöhte es durch Rationalisierung, durch Anwendung neuer Produktionstechniken und durch soziale Leistungen den Output an Rüstungsgütern. Selbst vor Terror am Arbeitplatz, der Einführung eines Leistungslohnes und der Erhöhung der Anforderungen an die Mitarbeiter schreckten die wehrwirtschaftlichen Betriebe nicht zurück.

Doch halfen die o.g. Maßnahmen nicht, den Mangel an Arbeitskräften zu beheben. Nur kurzfristig entlasteten die gesetzlichen Reglementierungen die verschiedenen Industriezweige. Als Ende März 1936 verstärkt junge Männer zum Militärdienst

[9] Herbert, Fremdarbeiter, S. 44.

[10] vgl. Herbert, Fremdarbeiter, S. 43f.

herangezogen wurden, war es auch mit der kurzfristigen Entlastung der Wirtschaft zu Ende.[11]

Zu b) Frauenarbeit

Die Heranziehung von Frauen zur Arbeit in der Rüstungs- und Landwirtschaft war die zweite Möglichkeit dem Arbeitskräftemangel zu begegnen. Ab 1936 forderten zahlreiche Regimevertreter die Frauenarbeit. So auch Thomas, der Chef des Wehrwirtschaftsamtes des OKW (Oberkommando West): „Die Frau wird im Ernstfall im großen Umfange die Arbeit in den Fabriken leisten müssen. Sie muß also dafür vorbereitet werden. Auch hier müssen sich die sozialen Bestrebungen, die Frau aus dem Betriebe zu lösen, den militärischen Notwendigkeiten unterordnen ... Feststeht, daß auf vielen Gebieten die Frau eine glänzende Facharbeiterin werden kann und auch bereits jetzt schon dementsprechende Arbeit tut.“[12]

Obwohl neben Thomas zahlreiche weitere Nationalsozialisten die Frauenarbeit forderten, zum Beispiel Friedrich Syrup, der Staatssekretär im Arbeitsministerium, blieb es bis zu Beginn des Krieges bei reinen Absichtserklärungen. Es war unüblich und widersprach der NS- Weiblichkeitsideologie, daß die Frau außerhalb des häuslichen Bereichs Arbeiten vollrichtete; die biologische Bestimmung der Frau war die der Hausfrau und Mutter.

Da das gesamte Kriegsvorbereitungsprogramm von der Lösung des Arbeitskräfteproblems abhing und keine weiteren Männer zur Verfügung standen, die Rationalisierungsmethoden nur sehr wenig brachten und man auf Frauen nicht zurückgreifen wollte, blieb nur noch eine Möglichkeit offen: Die Rekrutierung von Ausländern für die Arbeit in der deutschen Wehr- und Landwirtschaft.[13]

Zu c) Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte

Trotz des massiven Mangels an Arbeitskräften mit Beginn der Kriegsvorbereitungen gab es auch Stimmen, die sich gegen den Einsatz von ausländischen Arbeitskräften aussprachen. Die Beschäftigung von Ausländern im Dritten Reich widersprach der Ideologie der Nationalsozialisten. Teil der Hitlerschen Weltanschauung war die Ablehnung und Bekämpfung ausländischer Einflüsse, in der viele Regimevertreter eine Gefahr für das deutsche Volkstum sahen.[14]

---

[11] vgl. Herbert, Fremdarbeiter, S. 44ff.
[12] Mason, T. W., Sozialpolitik, S. 185.
[13] vgl. Herbert, Fremdarbeiter, S. 46ff.
[14] vgl. Herbert, Fremdarbeiter, S. 55.

Dennoch formulierte der Staatssekretär im Arbeitsministerium Friedrich Syrup im Jahr 1938 den Kompromiß, die Notstandsmaßnahme:

„Kein Staat kann ohne Gefahren auf die Dauer seine nationale Wirtschaft von der Arbeit ausländischer, fremdstämmiger Arbeiter abhängig machen. Die Ausländer können nur eine vorübergehende Hilfe für Zeiten besonders angespannten Arbeitseinsatzes oder für Zeiten sein, in denen sich die Wirtschaft durch vermehrten Maschineneinsatz und dergleichen zu rationelleren Wirtschaftsmethoden durchbildet."[15]

Die Notstandsmaßnahme beinhaltete also

- die Ablehnung des Einsatzes von Ausländern im Grundsatz,
- die Möglichkeit der Ausländerrekrutierung in schwierigen Zeiten und
- die Heranziehung von Ausländern bis sich die Wirtschaft erholt hat.

Ulrich Herbert schrieb über die Notstandsmaßnahme: „Immerhin bedeutete die Formel von der Ausländerbeschäftigung als vorübergehende Notstandsmaßnahme aber fürs erste grünes Licht für weitere Anwerbungen, die den mittlerweile die Kriegsvorbereitungen erheblich beeinträchtigten Arbeitermangel lindern und vor allem der Landwirtschaft wieder etwas Luft verschaffen sollten."[16]

3.3 Die Rekrutierung von Ausländern am Beispiel des Protektorats Böhmen und Mähren

Am 15. März 1939 marschierten deutsche Truppen in die Tschecheslowakei ein. Die von ihnen besetzten Gebiete wurden zum Protektorat Böhmen und Mähren deklariert. Im Protektorat lebten ca. 7,5 Millionen Einwohner auf 50.000 Quadratkilometern. Damit nahm es ein Drittel der gesamten Fläche des ehemaligen tschecheslowakischen Staatsgebietes ein. Fortan galten die Volksdeutschen im Protektorat als deutsche Staatsangehörige, die übrigen Bewohner der besetzten Gebiete machten die Nationalsozialisten zu Staatsangehörigen des Protektorats.[17] Die folgende Karte zeigt die Lage des Protektorats Böhmen und Mähren:

---

[15] Syrup, F., Der Arbeitseinsatz in Deutschland im Jahre 1938, in: Soziale Praxis, 47, 1938, S. 131.

[16] Herbert, Fremdarbeiter, S. 55.

[17] vgl. Karny, M., Der „Reichsausgleich" und die deutsche Protektoratspolitik, in: Europa und der „Reichseinsatz". Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938-1945, Hg. Ulrich Herbert, Essen 1991, S. 26.

Karte 1[18]

Da die Zahl der Arbeitslosen im Protektorat sehr groß war, im März 1939 lag sie bei 92.859, begannen die Werbekomissionen des Reichsarbeitsministeriums sofort nach der Ankunft der Panzer mit der Verpflichtung von Tschechen in das Reich.[19]

Im Frühjahr 1939 sagte Herrman Göring: „Wehrwirtschaftlich liegt der Hauptvorteil der neuen Gestaltung im tschecheslowakischen Raum für Deutschland im Zuwachs einer kräftigen und fleißigen Bevölkerung ....“[20]

Die verpflichteten Tschechen mußten in Deutschland in Betrieben arbeiten, die wegen der anstrengenden physischen Arbeit und wegen der niedrigen Löhne, sehr massiv unter dem Arbeitskräftemangel zu leiden hatten. Arbeiternot gab es vor allem auf Baustellen, in Steinbrüchen und in Ziegeleien. Aufgrund der schlechten Arbeitsbedingungen kehrten zwischen Frühjahr und Sommer 1939 viele Tschechen Deutschland den Rücken. Sofort erließ das Reichsarbeitsministerium zusammen mit der Gestapo zahlreiche Erlasse und Verbote den Arbeitsplatz zu verlassen. So erhielt die Polizei durch zwei Erlasse vom 26. Juni und 4. Juli 1939 die Möglichkeit, bei Arbeitsverweigerung, politischer Tätigkeit oder anderer staatsfeindlicher Haltung für die Tschechen Schutzhaft, d.h. Inhaftierung in Konzentrationslagern zu beantragen.

Viele Tschechen fürchteten den Arbeitsdienst im Reich, aufgrund der schlechten Arbeits- und Lohnbedingungen, der schlechten Unterbringung und Verpflegung und aufgrund der schlechten Arbeitskleidung und Behandlung. Kaum noch meldeten sie sich auf den zuständigen Behörden arbeitslos, um dem Terror im Reich zu entgehen. Wie die

---

[18] Leisering, W. (Hrsg.), Putzger Historischer Weltatlas, Berlin 1993, S. 113.
[19] vgl. Karny, Der „Reichsausgleich“, S. 27.
[20] International Military Tribunal (Nürnberg), Bd. 3, S. 194.

Nazis dem begegneten, ist dem folgenden Zitat zu entnehmen. 1939 schrieb der Oberlandrat in Kladno an den Reichsprotektor:

„Um der unsichtbaren Arbeitslosigkeit zu begegnen und alle brachliegenden Arbeitskräfte für den Arbeitseinsatz zu gewinnen, habe ich Bezirksleute im einzelnen veranlaßt, durch die zuständige Polizei feststellen zu lassen, wo Arbeitskräfte noch ungenützt oder nicht zweckentsprechend beschäftigt sind.“[21]

Mit dem einsetzenden Krieg glaubten viele Tschechen, die Freiheit bald wiederzuerlangen. Zahlreiche Widerstandsgruppen bildeten sich und betrieben Propaganda gegen den „Reichseinsatz“. Die Besatzer reagierten schnell, bezeichneten die Widerständler als Landesverräter und ergriffen im Sommer ´39 erste Maßnahmen zur Einführung eines Zwangsarbeiterregimes. Im „Reichsausgleichseinsatz“ wurden bis Ende Juni 1940 117.307 Tschechen aus dem Protektorat in das Reich verpflichtet.[22]

4. Der Überfall auf Polen und der „eigentliche“ Beginn der NS-Zwangsarbeit

Am 1. September 1939 übertraten deutsche Truppen die polnische Grenze. Etwa die Hälfte des von den deutschen Truppen besetzten Westpolens (Posen und Westpreußen) wurde dem Großdeutschen Reich eingegliedert. Der Rest um Warschau, Lublin und Krakau wurde als „Generalgouvernement“ zu einer Art von kolonialen Nebenland. Unmittelbar nach dem Einmarsch begannen die Nationalsozialisten mit der Einrichtung von Arbeitsämtern in polnischen Dörfern und Städten. Zunächst verpflichtete man die polnischen Arbeitslosen zu kriegswichtigen Arbeiten in der polnischen Wirtschaft (Aufräumungs- und Reparaturarbeiten, Einholen der polnischen Ernte usw.). Nur vereinzelt verließen Arbeitertransporte, mit freiwillig zum Dienst in der deutschen Landwirtschaft gemeldeten Polen, die Städte Gdingen und Gnesen. Erst nach der Gefangennahme der ersten polnischen Kriegsgefangenen, rekrutierten die Nationalsozialisten in großer Zahl Arbeitskräfte in das Altreich. Damit begann die „eigentliche“ Zwangsarbeit. Ende September waren bereits 100.000 Gefangene in der deutschen Landwirtschaft tätig, im November bereits 250.000 und bis Jahresende ca. 300.000 Polen.[23] Die sog. Polenerlasse reglementierten nicht nur das Leben der ausländischen Arbeiter, sondern auch das der Deutschen. Der Status des

---

[21] vgl. Karny, Der „Reichsausgleich“, S. 28.
[22] vgl. Karny, Der „Reichsausgleich“, S. 28ff.

„Herrenmenschen“ erhielt eine rechtliche Grundlage. Das Erlaßpaket vom 8. März 1940, herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt, Abteilung IV.D2 (ausländische Arbeiter), berücksichtigte die Forderungen von SS und Partei:

- Die Polen wurden einem mit Diskriminierungen und brutalen Strafandrohungen Sonderrecht unterstellt.
- Polen mußten das Abzeichen „P“ tragen.
- Polen mußten in speziellen Barackenlagern wohnen.
- Der Kontakt mit Deutschen war verboten.
- Polen durften keine Kirchen oder öffentlichen Verkehrsmittel benutzen.[24]

5. Ende und Ausblick

Wie ich in meiner Einführung bereits ewähnt habe, bedauere ich es sehr, daß für die Zeit zwischen dem Beginn der Kriegsvorbereitungen und Kriegsbeginn nur wenige fachwissenschaftliche Beiträge zur Verfügung stehen. Ich bin der Ansicht, daß um den Opfern und Hinterbliebenen gerecht zu werden, für den oben skizzierten Zeitraum und bezüglich der Ausländerrekrutierung, noch viel recherchiert und ermittelt werden muß. Das umfassendste Werk zu diesem Thema stammt von Ulrich Herbert. Doch ist auch dieses zum gegenwärtigen Zeitpunkt 15 Jahre alt. Ich bin der festen Überzeugung, daß in fünfzehn Jahren wissenschaftlicher Auseinandersetzung mit dem Thema, viel an das Tageslicht gekommen ist, was zusammengetragen und veröffentlicht werden muß.

Was mir in der Auseinandersetzung mit dem Thema auch völlig fehlt ist, was für Menschen es waren, die zu Hause die Rolle des Familienvaters übernahmen und ihren Kindern und der Ehefrau Geborgenheit vermittelten und bei der täglichen Arbeit zu brutalen und mörderischen Instrumenten wurden.

Ich wünsche mir sehr, daß durch die aktuelle politische Diskussion über die Entschädigung der NS- Zwangsarbeiter, mehr Wind in die Segel gerät und sich Historiker und auch zukünftige Generationen intensiver mit dem Thema auseinandersetzen. Ich finde es beschämend, wenn deutsche Betriebe und Unternehmen (z.B. Siemens) ihre Archive für die Öffentlichkeit auch weiterhin nicht zugänglich machen und somit die Aufarbeitung der deutschen Geschichte blockieren und die Entschädigung der NS- Opfer nicht erlauben.

---

[23] vgl. Herbert, Fremdarbeiter, S. 67f.

[24] vgl. Herbert, Fremdarbeiter, S. 76ff.

6. LITERATURVERZEICHNIS

1. BIBLIOGRAPHIE

Göbel, Walter, Abiturwissen. Das Dritte Reich, Stuttgart 1990.

Herbert, Ulrich, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reichs, Berlin 1986.

International Military Tribunal (Nürnberg), Bd. 3.

Karny, Miroslav, Der „Reichsausgleich“ in der deutschen Protektoratspolitik, in: Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938-1945, Hg. Ulrich Herbert, Essen 1991.

Leisering, Walter, Putzger Historischer Weltatlas, Berlin 1993.

Mason, T. W., Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen 1977.

Müller, Helmut, Deutsche Geschichte in Schlaglichtern, Mannheim 1990.

Syrup, Friedrich, Der Arbeitseinsatz in Deutschland im Jahre 1938, in: Soziale Praxis, 47, 1938.

2. TABELLE UND KARTE:

Tabelle: Herbert, Ulrich, Fremdarbeiter. Poltik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reichs, Berlin 1986.

Karte: Leisering, W. Putzger Historischer Weltatlas, Berlin 1993.